

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzusatzliste Nr. 4089 a 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 22.

Sonntag, den 26. Januar 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Für Februar und März

nehmen sämtliche Postanstalten, in Lübeck unsere Ausdrägerinnen und unsere Expedition, Große Allee 35/37, Bestellungen auf den täglich erscheinenden

„Lübecker Volksboten“

(mit der Gratisbeilage „Die Neue Welt“)

zum Preise von 1,10 Mt. entgegen.

Der „Volksbote“

vertritt nach jeder Richtung hin die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Der „Volksbote“

berichtet von sämtlichen Blättern Lübecks am ausführlichsten über die Vorgänge im politischen und sozialen Leben.

Der „Volksbote“

bringt sehr umfangreiche Reichstagsberichte. Nicht zu vergessen sind die Parlamentsbriefe „Aus dem Reichstage.“

Im Feuilleton gelangt demnächst die spannende Erzählung „Der Wälmazschmitter“ zum Abdruck.

Neu hinzutretenden Abonnenten liefern wir bis zum 1. Februar schon jetzt die Zeitung täglich unentgeltlich.

Redaktion und Verlag des „Lübecker Volksbote“.

Einige Erinnerungen.

Zu allen Zeiten und überall haben die Reaktionen große Bewegungen des Volksgeistes und -Gemüths, wie sie, entweder veranlaßt durch außerordentliche Vorfälle oder durch die Entwicklung und Verwickelung der öffentlichen Verhältnisse, mit elementarer Gewalt sich geltend machen, weiblich auszubilden verstanden. Heute steht in Deutschland der Liberalismus, der sich stets National-Liberalismus nennt, mit auf der Seite der reaktionären Gewalten. Seine Führer, die Bennigsen, Marquardsen u., unterstützen im Reichstage die Regierung in dem Bemühen, ein verächtliches Strafgesetz unter dem Deckmantel des „gemeinen Rechts“ zu Stande zu bringen, welches nichts Anderes ist, als ein ungeheuerliches Ausnahme-Gesetz, das in erster Linie gegen die Sozialdemokratie sich richtet. Darüber haben wir uns ja schon des Ofteren eingehend geäußert. Was uns heute beschäftigen soll, ist eine Betrachtung in Rücksicht auf den von Herrn v. Bennigsen im Reichstag gethanen Hinweis auf die Ausnahme-Gesetzgebung im Auslande, speziell in Frankreich. Es ist daran zu erinnern, daß auch in diesem Lande, wie in Deutschland, der Liberalismus früher mit Ausnahme-Gesetzen bekämpft worden ist.

Im Jahre 1820 ermordete in Paris der närrische Sattlergeselle Louvel den Herzog von Berry. „Da glaubte man“ — sagt ein Geschichtschreiber — „die schlimmsten Tage von 1815 — den „weißen Schrecken“ — wieder erscheinen zu sehen. Tausend Hekrufe erhoben sich gegen die liberale Opposition, die doch ganz unschuldig war, und aus dem Schmerz des Königs preßte die Fraktion eine Reihe von Ausnahmemaßregeln heraus.“

Schon am Tage nach dem Attentat erschien der Minister in der Kammer, mit den Entwürfen von drei Ausnahme-Gesetzen in der Hand. Die Pressefreiheit, die individuelle Freiheit und das Wahlrecht sollten beschränkt werden. Zuerst ging es an die Presse. Die Pairskammer wählte eine Kommission und der Berichterstatter empfahl Zusätze zum Pressegesetz, schlug allerlei Ausnahmsmittelchen vor, gab aber die Wiedereinführung der Zensur nicht zu, weil damit die „konstitutionellen Bahnen“ verlassen würden. Ein zweites Mal genehmigte die Pairskammer ein Gesetz, jedoch nur mit zwe. Stimmen Mehrheit. Nun hatte die Deputiertenkammer zu entscheiden. Neun Tage lang wogten stürmische Debatten. Die ehrlichsten Anhänger der Monarchie wehrten sich mit aller Kraft gegen das Projekt. „Wich will es bedünken.“ — sagte Camille

Jourdon — „daß es gerade uns, den alten Parteigängern des Königthums, den früheren Opfern der revolutionären Verfolgungen zukommt, die Stimme zu erheben und der Opposition ihren wahren Charakter zu geben, den einer Opposition ohne jedes Gefühl der Bitterkeit, einer Opposition, die sich einzig auf Prinzipien gründet, und die noch weniger um die Freiheit, als um den Thron selbst, den wir dabei am meisten bedroht sehen, besorgt ist.“

Benjamin Constant rief aus: „Dieses ist die Lage: Wenn uns die individuelle Freiheit, die Pressefreiheit und die Freiheit der Wahl genommen sind, dann haben wir auch keine Charte mehr, ja nicht einmal die konstitutionelle Monarchie; wir haben dann weder Monarchie noch Despotismus, sondern Revolution, Anarchismus. Wer möchte nicht schandern, wenn die Nation solchen Gefahren ausgesetzt wird.“

Und der gelehrte königstreue Royer-Collard sagte: „Die Gesetze zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung sind Wucheranleihen, welche die Regierung ruiniren, während sie sich zu bereichern glauben. Je fürchtbarer und drohender die Parteien sind, desto größer ist die Unklugheit, ihnen die Vertheidigung der Verfassung und den Schutz der öffentlichen Freiheiten als Manifest in die Hand zu drücken.“

Das Projekt der Regierung siegte mit geringer Majorität. Bald darauf kam der Entwurf gegen die individuelle Freiheit zur Debatte und ging ebenfalls durch. Es bildete sich ein großes Komitee, darin Lafayette und Casimir Perier, um die Verfolgten zu unterstützen. Die Regierung verbot die Zusammenkünfte und strafe die Blätter wegen der Inserate. Dann mußte das Wahlgesetz Spiehruthen laufen; das Bürgerthum wurde zurückgedrängt, die Aristokratie begünstigt. Tendenzprozeß folgte auf Tendenzprozeß, Vergewaltigung auf Vergewaltigung. Jahre lang dauerte die Verfolgung und der Kampf. Zuletzt erließ der König im Juli 1830 die Preßordnungen, die alles Frühere überboten. Da schrieb Thiers das Wort, welches im Munde eines konstitutionellen fürchtbar ist: „Der Gehorsam hat aufgehört, eine Pflicht zu sein.“

Das war am 26. Juli 1830 — drei Tage später, am 29. Juli, befand sich der Repräsentant der monarchischen Hochmuthstollheit, König Karl X., auf der Flucht. —

Nach dem Attentat Fieschis erließ Ludwig Philipp Ausnahme-Gesetze, und er endete lächerlich; nach dem Attentat Orsinis erließ Napoleon III. Ausnahme-Gesetze, und er endete jämmerlich. —

Auch dem deutschen Liberalismus ist in seiner Jugendzeit dieselbe Behandlung nicht erspart geblieben, die der entartete Liberalismus des Herrn v. Bennigsen heute der Sozialdemokratie will zu Theil werden lassen. Wir haben über diese Behandlung kürzlich schon Manches mitgetheilt. Deutschlands Fürsten hatten das Vaterland verrathen und sich dem forsischen Eroberer zu Füßen geworfen. Die deutsche Jugend war in die „Befreiungskriege“ gegangen. Sie blutete und siegte. Als Preis dachte sie sich die Einheit und Freiheit des Vaterlandes. Das war eine arge Täuschung. Das neugegründete Regiment „von Gottes Gnaden“ unter Leitung der Metternich und Konsorten lohnte die Nation durch die brutalsten Gewaltmaßregeln zur Unterdrückung des liberalen Geistes. Alle Rechte und Freiheiten wurden dem Volke vorenthalten. Die Männer, welche unter der Fremdherrschaft den Gedanken an die nationale Wiedergeburt wachgehalten hatten, wurden als „Verschwörer“, als „Umstürzler“ verfolgt, weil ihre Absicht „auf Veränderungen im Innern“ gerichtet sei, wie es in einer Denkschrift der Bundes-Zentralbehörde heißt. Einige liberale Gesellschaften in Hessen, Nassau und am Rhein begingen das Verbrechen, „in englischer und französischer Weise eine Gesamtrepräsentation des deutschen Volkes“ — also einen Reichstag zu verlangen. Sie wurden aufgehoben und ihre Mitglieder erfuhren die aufmerksamste Behandlung. Die Turnvereine galten als „Brutstätte des Landesverrats.“ Den Burschenschaften warf man „Jakobinismus“ vor und sagte, sie hegten die Bauern „zum offenen Aufruhr gegen die begüterten Leute“ auf.

Als am 23. März 1819 Sand sein Attentat auf Kozebie und am 2. Juli desselben Jahres Öbning seinen Morbanfall auf den nassauischen Ministerpräsidenten Jöel machte, da ging die Reaktion vom Schritt zum Sturmschritt über. Überall wurde die Revolution und gewaltsamer Umsturz gewittert.

Der Liberalismus hatte sich zu vertheidigen gegen die in den Karlsbader Beschlüssen und sonstigen Äußerungen der reaktionären Gewalten enthaltene Beschuldigung, daß er es auch darauf abgesehen habe, „die sittliche Weltordnung zu vernichten.“ Die Demagoguerei brach aus und traf die Männer des liberalen Gedankens.

Und heute sehen wir Führer des Liberalismus, einen Rudolf von Bennigsen mit an der Spitze der Reaktion marschiren und dieselben Waffen gegen die Sozialdemokratie schärfen, die einst der Liberalismus zu fühlen bekam. Der hat damals mit der Reaktion nicht gründlich abgerechnet, als das Strafgericht von 1848 über dieselbe hereinbrach. Aber dessen dürfen die jetzt herrschenden reaktionären Gewalten und ihre Verbündeten sicher sein: die Sozialdemokratie wird Abrechnung mit ihnen halten genau und unerbittlich und dem Rechte des Volkes den Sieg erringen.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 24. Januar 1895.

22. Sitzung.

Präsident von Levetzow eröffnet Nachmittags 1 Uhr die Sitzung.

Am Tische des Bundesrathes: Dr. von Böttcher, Frhr. von Marichall, Graf Posadowsky.

Die am Dienstag nicht beendete erste Lesung der Novelle zum Zolltarif wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Hise (3., auf der Tribüne sehr schwer verständlich) tritt für die Einführung eines Zolles auf Quebrachholz ein und giebt der Forderung Ausdruck, die Regierung würde Angesichts eines einmüthigen Votums des Reichstages ihre bisherige ablehnende Haltung aufgeben. Es gelte hier wieder einmal, eine Reihe kleiner Betriebe zu erhalten. Viele kleine Holzgerber befinden sich in einer schwierigen Lage, ganz besonders der Besitzer der Eichenhäwaldbungen, die auch meist dem kleinbäuerlichen Stande angehören.

Abg. Dr. Langerhans (r. W.) legt auf den Tisch des Hauses eine Reihe von Proben verschiedener Lederarten nieder, die theils mit Eichenlohe, theils mit Quebrachholz gerberet seien. Was dem Hause neulich vorgelegen habe, hätte allerdings den Anschein erwecken können, daß das mit Quebrachholz gerberete Leder sehr minderwerthig sei. Man dürfe aber nicht allein Sohlenleder in Betracht ziehen. Gerade in Bezug auf feinere Lederhosen ließen sich mit Quebrach große Erfolge erzielen. Die Proben bezogen dies und der Vorschlag, einen Zoll auf Quebrach zu legen, scheine ihm so, als wollte man auf eine neue Erfindung gleichsam als Strafe einen neuen Zoll legen. Die Befürworter des Zolles gingen von der falschen Voraussetzung aus, daß das Quebrachholz der Eichenlohe eine erdrückende Konkurrenz mache. Den Preisdruck aber führe nicht das eingeführte Quebrachholz, sondern die vom Auslande importirte Eichenlohe ein. Diese Einfuhr sei aber nöthig, da unsere Eichenhäwaldbungen den Bedarf bei Weitem nicht decken könnten. Die Besitzer der Eichenhäwaldbungen hätten alle Ursache, die Kultur nach dem Muster des Auslandes zu verbessern. Schon in unmittelbarer Nähe der Schälwälder im Siegener Lande, würde heute eine beträchtliche Menge von Quebrachholz verwendet. Besonders rümpfatisch sei ihm die Besteuerung eines für die deutsche Industrie unentbehrlichen Rohprodukts. Der Verein deutscher Gewerbevereine habe sich ganz entschieden gegen dieselbe ausgesprochen.

Abg. Graf Kanitz (Mon.) verweist den Staatssekretär von Marschall, der ihm entgegengehalten, daß Rußland mit seinen Baumwollenzöllen nicht anders als andere Länder behandelt werden darf, auf die deutschen Handelsverträge. Er hätte Oesterreich gegenüber auch den Standpunkt einnehmen sollen, Deutschland könne seinen Bedarf an Getreide nicht selbst decken, es müsse importiren; wie hoch es den Zoll normire, könne Oesterreich gleichgiltig sein, wenn es nur nicht anders als andere Länder behandelt werde. Der russische Handelsvertrag habe für unsere Baumwollindustrie so gut wie gar keinen Nutzen gebracht. Auch die Hoffnungen der Eisenindustrie seien bei Weitem nicht erfüllt worden. Oberhessen habe zwar einen gewissen Absatz nach Rußland gewonnen, aber es sei bereits wieder eine Stagnation eingetreten. Die Eisenindustrie sei daher schon wieder eine sehr gedrückte, die Hauptursache sei die schlechte Lage des inländischen Marktes. Das anerkennt selbst die Handelskammer von Hamburg und Lübeck. Der russische Handelsvertrag sei gewiß nicht die einzige Ursache der ungünstigen Konjunktur, aber man müsse doch nach Wegen suchen, um ihr abzuhelfen. Wenn seine Freunde demnächst mit entsprechenden Vorschlägen hervorträten, hoffe er auf die Unterstützung des Hauses.

Abg. Dresler (nat.) hebt die bedeutenden Schädigungen des deutschen Eichenhäwaldbürens und der Gerbereien hervor und glaubt, daß ein Ausgleich für dieselben durch einen Zoll auf Quebrachholz geschaffen werden könne. Für manche Lederarten sei das Quebrach überhaupt nicht verwendbar, dauerhaftes Sohlenleder lasse sich damit überhaupt nicht herstellen. An dem Zölle habe ein besonderes Interesse die Industrie des Siegener Bezirks und die von ihr beschäftigte Arbeiterschaft.

Geheimrath Penle bekräftigt gegenüber den Einwendungen der Abgg. Buddeberg und Müller hier von der Novelle angeregten Baumwollsamenzoll. Eine empfindliche Schädigung der Margarinefabrikation sei davon nicht zu befürchten. Die Beschränkung der freien Holzimporte in den Grenzbezirken sei eine durchaus gerechte, die Sägereien an der Grenze dürften doch nicht unbillig bevorzugt werden.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall erklärt die Methode der Kritik, die Graf Kanitz an den Handelsverträgen über, für sehr fragwürdig. Es gebe allerdings Positionen, bei denen die Ausfuhr nach Russland trotz des Nachtrages sehr gering sei. Kenner der Verhältnisse hätten darauf auch keine Hoffnungen gesetzt. Bei anderen Positionen seien die Erwartungen erfüllt worden. In Russland sei es ganz ähnlich, nur daß dort die Hoffnung, daß man den Kognen in Deutschland zu höherem Preise loschlagen könne, ganz entgegengesetzte sei. Graf Kanitz sage, die Lage der Landwirtschaft würde besser sein, wenn wir die Handelsverträge nicht hätten. Er vergißt aber, daß die wirtschaftliche Depression in ganz Europa herrscht. Die Lage der Landwirtschaft würde ohne die Verträge schlechter sein. Er brauche nur auf Frankreich zu verweisen, woher die schwersten Klagen kämen, obwohl dort das entgegengesetzte wirtschaftliche System herrsche.

Abg. Dr. Barth (frei. Verein.) sieht keine Ursache zu einer Enttäuung über die Wirkungen der Handelsverträge. Der Hauptwerth der Handelsverträge liege eben darin, daß für eine Reihe von Jahren Stabilität geschaffen sei. Außerdem hätten aber die Urtheile der Handelskammern, sowie sie bis jetzt veröffentlicht seien, auch ganz positive Vortheile für einzelne Industriezweige konstatiert. Hätten wir die Handelsverträge nicht, so würden auch zweifellos allerlei Wünsche zur Erweiterung der Novelle hier angebracht werden. Er hoffe, von dem erhöhten Zoll auf Honig würden die Regierungen in der Kommission selbst Abstand nehmen. Das Verlangen nach einer neuen Steuer auf Quebrachholz sei ganz unangebracht. Man suche eben heute jeden Fortschritt in der Technik durch Zölle und Steuern unwirksam zu machen. Jeder Fortschritt in der Technik mache sich schließlich im Preise geltend, und den Preisdruck suche man durch den Zoll zu verhindern. Die große Masse der Konsumenten werde dadurch nur benachtheiligt. Verbesserungen von Verbesserung eines Verfahrens seien naturgemäß. Redner erklärt sich auch gegen die erhöhte Besteuerung des Baumwollsamenzolls, da es zur Herstellung des noch für die Armen notwendigen Speisebrotts diene. Im Uebrigen erkenne er an, daß die Regierung sich in der Novelle große Beschränkung gegenüber den an sie gelangten Wünschen auferlegt habe.

Abg. F. S. Angel (Z.) weist darauf hin, daß seine Partei im bewußten Gegensatz zur Weltanschauung des Vorredners das große Werk der nationalliberalen Wirtschaftspolitik von Anfang an mit Wohlwollen prüft. Auch die jetzige Novelle werde sie wohlwollend prüfen, eine bindende Erklärung über Einzelheiten könne er heute nicht abgeben. Klargestellt müsse erst sein, ob nicht berechnete Interessen verletzt würden. Gegen die Beschränkung der freien Holzimporte hätten viele seiner Freunde erhebliche Bedenken. Jedenfalls müsse den bereits bestehenden Sägereien das Privilegium gewahrt werden. Die gegen den Honiggoll vorgebrachten Bedenken theile er nicht, ebenso habe er nichts gegen die Erhöhung des Baumwollsamenzolls, weil er nicht glaube, daß er die Margarine vertheuern würde. Gegen die Vertheuerung der Margarine sei er aber natürlich. Es sei schon schlimm genug, daß die armen Leute zu diesem Ersatzmittel für Naturbutter greifen müßten. Redner erklärte sich schließlich für einen Quebrachzoll im Interesse der kleinen Gerbereibetriebe, die einen Zweigweissungskampf führten. Ein Zoll von 10 Mark würde vielleicht zu hoch sein, aber geteilt müsse etwas, um die kleinen Gerbereien vor der Aufhebung durch die großen zu schützen.

Abg. Freiherr v. Stumm (Np.). Die Eisenhüttenwäldungen leiden nicht durch die Einfuhr von Eisenerze, sondern durch die Einfuhr von Quebrachholz. Die von ihm an den russischen Handelsvertrag geknüpften Erwartungen seien voll eingetroffen. Der Rückschlag in der Eisenindustrie sei eine Folge der gerade in dieser Industrie herrschenden starken Ueberschneidung.

Abg. Dr. Hamacher (natl.) tritt für den Zoll auf Baumwollsamenzoll ein.

Abg. W. H. Berger (Z.) empfiehlt die Einführung eines Quebrachzolls.

Abg. Müller-Dornaund (natl.) weist gegenüber dem Grafen Kanitz auf eine ganze Menge Positionen hin, bei denen der Export nach Russland in Folge des Handelsvertrages ganz erheblich zugenommen habe, namentlich bei Eisen, Maschinen, Leder, Papier, Anilin, Möbeln, Porzellanen, Sammet, Galanteriewaren.

Abg. Graf Kanitz (d. Fort.) giebt zu, daß die russische Landwirtschaft mit dem deutsch-russischen Handelsvertrage nicht zufrieden sei; daselbe aber sei bei der österreichischen Landwirtschaft der Fall. Der Grund dafür liege in der Weitzbegünstigung Amerikas, das hauptsächlich bei uns importire. Die Lage der deutschen Industrie im Allgemeinen sei durch den Handelsvertrag mit Russland nicht besser geworden.

Abg. Wurm (Sd.). Dem Abg. F. S. Angel erwidere ich: Es ist richtig, was ich in der letzten Sitzung gesagt habe: 64 Betriebe in Holstein, welche mit Quebrachholz arbeiten, bezahlen 3 Millionen Schöne und verarbeiten 30 Millionen Kilogramm Quebrachholz. Er hat gesagt, ich hätte den Eisenhüttenwäldern den Vorwurf der Faulheit gemacht. Ich habe wörtlich zitiert, was in Köln vor wenigen Wochen im Verein der Lederindustriellen von dem Vorsitzenden gesagt worden ist, als die Meinung eines Oberförsters, der doch insbesondere in Bezug auf Eisenhüttenwäldungen Sachverständiger ist und ich wiederhole, daß da nicht von Faulheit die Rede war, sondern von rückständiger Art der Behandlung. Der Oberförster erklärte, die Eisenhüttenwäldungen könnten einen höheren Ertrag liefern, die Besitzer seien aber ein zu gemütliches Leben gewöhnt, sie wollten sich einmal aufpassen zur energischen Arbeit. In einer uns zugegangenen Petition des Vereins deutscher Gerber ist ganz genau geschildert, wie dies gemütliche Leben aussieht. In dieser Petition wird mitgeteilt, daß die Eisenhüttenwäldungsbesitzer verlangen, daß die Gerber die häufig sehr kleinen Partysen Rinde auf dem Stamme und nicht nach dem Zentner in Bausch und Bogen kaufe, außerdem aber auch die Gewinnung und Verfrachtung der Rinde für eigene Rechnung und Gefahr besorge. Der ausländische Produzent dagegen übernimmt den Transport und besorgt die Rinde zentnerweise richtig sortirt, jedoch alle Scherereien weglassen. In der Petition wird mit Recht hervorgehoben, daß die Schälwaldbesitzer sich die Schuld selbst zuschreiben haben, wenn sie dem Käufer in keiner Weise entgegenkommen und nichts thun, um der Konkurrenz der ausländischen Rinde zu begegnen. Die Folge davon ist, daß der nach der veralteten Gewohnheit handelnde inländische Schälwaldbesitzer, weil die Käufer nicht nur höhere Arbeits- und Fuhrlohn zahlen, sondern auch noch das ganze Risiko hinsichtlich der Qualität und Quantität der Rinde tragen muß, einen verhältnismäßig geringeren Preis erhält, als ihm, falls er die Rinde selbst bearbeitet und verfrachtet, nach Abzug aller Unkosten übrig bleiben würde. Die Herren mögen also lieber diese rückständigen Zustände abschaffen helfen. Die hiesigen Extraktstoffe sind es nicht allein, die eingeführt werden. Die Statistik zeigt, daß im Jahre 1893 eine Einfuhr für 2 Millionen Mark stattfand, daß aber gleichzeitig auch fremde Lohse und Borke meistentheils österreichische für 9 Millionen Mk. eingeführt wurde, also ein Fünftel der auch ganz bedeutend ins Gewicht fällt und in Bezug auf den Preis das Bierfache von dem ist, was für Quebrach ausgegeben ist. Die Petition weist ferner darauf hin, daß die Schälwaldbesitzer, weil sie auch gleichzeitig einen Nutzen aus dem Holz ziehen wollen, das in den Bergwerken gebraucht wird, die Stämme länger stehen lassen, als für die Rinde dienlich ist, in Folge dessen ein minderwertiges Produkt liefern. Ich kann nicht

annehmen, daß der Verein deutscher Gerber in seiner Eingabe unwahre Thatsachen behaupten wird. Ich kann mich auch auf das Material stützen, das uns von sachverständiger Seite, von Interessenten-Kreisen zugeht. Der Verein vertritt doch die Interessenten des ganzen Reichs und nicht die einzelnen Gruppen. Die Eisenhüttenwälder hat übrigens notorisch an Fläche und Ertrag zugenommen. So schlimm kann also die Konkurrenz noch nicht sein. Ich kann deshalb nur dabei bleiben, daß die inländischen Produzenten ihre Produktionsmethode verbessern, dann werden sie nicht zu klagen brauchen. Der Zoll auf Baumwollsamenzoll wird die Margarine wesentlich vertheuern. Das Baumwollöl bildet an und für sich einen stetig wachsenden Bedarfsartikel der ärmeren Bevölkerung und wenn man immer diese Bedarfsartikel der armen Bevölkerung vertheuert, wird dem Volke deutlich und klar, daß gewisse Herren glauben, die Volksmassen sind nur dazu da, damit die Andern sich von ihnen ernähren lassen. Dagegen protestieren wir entschieden und werden gegen alle diese Anträge stimmen. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr (Binnen-Schiffahrts- und Fährereise-Gesetz.)
Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Rundschau. Deutschland.

Der Antrag Kanitz auf Verstaatlichung des Getreidehandels mit auswärtigem Getreide soll von der Kommission der „wirtschaftlichen Vereinigung“ alsbald im Reichstage eingebracht werden. Die Regierung hatte dem Wunsch, einen Kommissar an den Beratungen theilnehmen zu lassen, nicht entsprochen.

Die „Germania“ schreibt über v. Stumm's letzte Redeleistung: „Die Umsturzrede des Freiherrn v. Stumm — wir meinen die Rede, die Abg. Freiherr v. Stumm im Reichstage angeblich für, tatsächlich aber gegen die Umsturzvorlage gehalten hat — ist von den Sozialdemokraten als ein so außerordentlich wirkungsvolles Material zur Bekämpfung der Umsturzvorlage erachtet worden, daß sie dieselbe in ihrem stenographischen Wortlaut unter den Arbeitern verbreiten wollen. Leider ist das erklärlich; aber nicht verständlich ist es, wie ein amtliches Kreisblatt, nämlich die „Schweizer Ztg.“, die gleichzeitig als amtliches Kreisblatt für den Kreis Schwyz (Regierungsbezirk Marienwerder) gilt, die Stumm'sche Rede, einem Berichte der „Posener Zeitung“ zufolge, als Beilage weiteren Kreisen zugänglich zu machen sucht. Wie mag sich der „Vorwärts“ freuen, wenigstens für diesen Kreis Schwyz einer Agitation überhoben zu sein. Es weist doch auf ein sehr geringes Maß politischen Verständnisses hin, wenn man gerade die Rede des Freiherrn v. Stumm für geeignet hält, gegen die Sozialdemokratie zu wirken. Die Folgen einer solchen Rede werden im Kreise Schwyz und anderswo bei der nächsten Reichstagswahl ziffermäßig zu Tage treten.“

Und das Alles ohne Umsturzvorlage? „Was rettet uns?“ sozialpolitische Gespräche für Bergarbeiter, stand vor der Strafkammer in Dortmund: Angeklagt waren die Genossen Schönwald und Bunte als die Verfasser und Herausgeber, Genosse Kehnle als Drucker und Gen. Scheibler als Verbreiter der Broschüre. Eine Stelle derselben soll die der 7. Brigade (Westfalen) unterstellten Gendarmen beleidigen; das Brigadecommando hatte Strafantrag gestellt. Die infrimirierte Stelle bildet einen Theil eines Zwiesgesprächs zwischen einem Wirth und seinem Gaste; in diesem Gespräch erzählt der Wirth von einem Gendarmen, der ihm die Zechen nicht bezahlt und ihn, weil er die Arbeiterzeitung halte, chikanire. Die Anklage behauptet nun, daß die ganze Broschüre sich auf westfälische Verhältnisse, speziell solche des Ruhreviers beziehe, und daher mit den Gendarmen ein solcher der in Westfalen stationirten Brigade gemeint und diese daher beleidigt sei. Die Angeklagten bestritten natürlich ihre Schuld. Angeklagter Schönwald erklärte, daß in der infrimirierten Stelle keine Thatsache als wahr hingestellt werde; sie sei lediglich freie Dichtung, beziehe sich daher auch keineswegs auf die 7. Gendarmen-Brigade. Angeklagter Bunte schließt sich diesen Ausführungen an. Der Angeklagte Kehnle machte geltend, daß nach § 21 des Preßgesetzes der Drucker straflos sei, wenn der Verfasser, wie geschehen, genannt werde. Werde er angeklagt, so müßten auch Setzer, Maschinenmeister, u. s. w. mit angeklagt werden. Der Angeklagte August Scheibler erklärte, daß er die Broschüre vor der Verbreitung nicht genau gesehen habe. Auf die Zeugen (es waren etwa 10 Gendarmen von der Staatsanwaltschaft geladen) wurde großmüthig verzichtet. Der Staatsanwalt erklärte, daß die Broschüre zweifellos Beleidigungen enthalte, deren Inhalt als wahr selbst von den Angeklagten nicht hingestellt werde. Schönwald und Bunte seien gleich schuldig; Kehnle sei als Drucker zu bestrafen, bei dem geringen Umfang der ihm unterstellten Druckerei müsse er den Inhalt der Broschüre vor der Herstellung gekannt haben; der § 21 des Preßgesetzes hätte ihm nur zu Gute kommen können, wenn Fahrlässigkeit vorgelegen hätte. Ebenso habe Scheibler den Inhalt gekannt. Er beantrage gegen Schönwald und Bunte in Anbetracht, daß sie wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt schon mit 10 bezw. 14 Monaten bestraft und die jetzige Strafthat aus demselben Geiste geflossen sei, wie die erstere, eine Gefängnißstrafe von 6 und 8 Monaten, gegen Kehnle eine Geldstrafe von 100 Mark und gegen Scheibler 2 Wochen Gefängniß. Die Broschüre will er ganz vernichtet wissen; die Entfernung der infrimirierten Stelle genüge nicht. Der Verteidiger Rechtsanwalt Blumenthal suchte die Gültigkeit des Strafantrages an. Da weder von einem bestimmten Gendarmen, noch von der Gesamtheit derselben die Rede sei, so sei das Kommando nicht berechtigt Strafantrag zu stellen. Es liege aber auch keine strafbare

Handlung vor, da das Schriftchen lediglich eine Dichtung sei, wie der ganze Styl und Aufbau desselben zeige. Ebensovienig, wie man gegen den Dramendichter Anlage erhebe, der in seinen Dichtungen Angehörige eines bestimmten Berufes mit Schwächen und Fehlern behaftet darstellte, ebensovienig wie sich da die Gesamtheit der Berufsgenossen betroffen fühle, ebensovienig könne das hier der Fall sein. Kehnle sowohl wie Scheibler sei zudem die Kenntniß des Inhalts nicht nachgewiesen. Es müsse deshalb auf Freisprechung erkannt werden. Schönwald: Ebensovienig wie er sich beleidigt fühlen würde, wenn erzählt werde, daß vor Jahren auf der Zechen Massen, wo er früher gearbeitet, ein Bergmann gestohlen habe, ebensovienig könnte sich die gesammte Gendarmerie beleidigt fühlen, wenn von einem mißrathenen Mitgliede ihres Standes die Rede sei. Erfolge Verurtheilung, so erwachse der Staatsanwaltschaft eine riesige Aufgabe, sie müßte dann den größten Theil der deutschen Litteratur konfiszieren. Hätte er Thatsachen behaupten wollen, so hätte er, wie er das in letzten Theil der Broschüre gethan, Namen genannt. Bunte: Die Broschüre ist lediglich geschrieben um den Bergleuten den Werth der Organisation klarzulegen. Die vom Staatsanwalt beantragte Strafe sei unverhältnismäßig hoch. Es half alles nichts. Der Gerichtshof erklärte sämtliche Angeklagte für schuldig; Schönwald und Bunte wurden zu je 2 Monaten Gefängniß, Kehnle zu 100, Scheibler zu 30 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Außerdem wurde der beleidigten Gendarmerie die Publikationsbefugniß in der Rhein.-Westf. Arbztg. und in der Dortm. Btg. zugesprochen. Revision ist eingelegt. Natürlich wird durch solche Auslegung des Gesetzes das Vertrauen zu den Richtern riesig wachsen.

Die Vertrauensmänner-Versammlung der vereinigten „christlich-sozialen“ und „deutsch-sozialen“ Reformpartei (Antifemiten) in Neberhone hat nach dem Vortrag des Pastors Iskraut diesen endgiltig als Kandidaten in Eschwege aufgestellt. Eine von einem Vertreter der nationalliberalen und freikonservativen Partei angestrebte Einigung sämtlicher „staatserkhaltenden“ Parteien verlief, wie die „Magdeb. Btg.“ mittheilt, erfolglos. In Herleshausen, dem Wohnsitz des Landgrafen von Hessen, hat man nun den Landgrafen Alexis von Hessen als Kandidaten aller „staatserkhaltenden“ Parteien aufgestellt. — Demnach scheint der Wahlkampf sehr heftig zu werden. Unsere Parteigenossen sind auf dem Plage und werden die „staatserkhaltenden“ Parteien schon heimleuchten!

Noch einmal Herr Reuß. Einer längeren Zuschrift über den Lockspiegel Reuß entnimmt der „Vorwärts“ das Folgende: „Reuß soll gar nicht der Name des Erz-lumpazius sein, in London nannte er sich Royce, er hat außer den 450 Mk. Monatsgehalt von deutscher Seite, auch von der englischen Polizei für ihr geleistete Spionendienst Geld bezogen. In die Kreise hiesiger Journalisten, die im „Café Kaiserhof“ verkehrten, suchte er sich auch einzudrängen. Dieselben veranlaßten aber den Leiter des Cafés, dieser anrühigen Persönlichkeit gegenüber das Hausrecht zu wahren, ihm das Betreten des Cafés zu verbieten. Er soll durch seine Helfersdienste Crispi das Material zur Ausweisung Grünwald's, des Korrespondenten der „Frankfurter Btg.“ in Rom, aus Italien geliefert haben. Neben seiner spionerischen Thätigkeit im Interesse der deutschen Kämpfer für Religion, Ordnung und Sitte verfaßt er deutschfeindliche, sensationelle Berichte für die amerikanische Presse. Solches Gelichter informirt sich im Reichskanzleramt!“

Gegen das Sitzenbleiben beim Kaiserhof in Volksversammlungen sind anscheinend die Polizeibeamten einzuschreiten angewiesen. In Hannover wurden zwei junge Leute, die in einer zumeist von Antifemiten und Sozialdemokraten besuchten Versammlung bei einem Hoch auf den Kaiser gesessen waren, sofort vom überwachenden Polizeikommissar verhaftet.

Vom Spielteufel. Ein Aufsatz im „Deutschen Wochenblatt“ von F. Marcinowski, dem Generaldirektor des preussischen Lotteriewesens, bestätigt, daß der Versuch, eine Reichs-Lotterie einzurichten, unternommen, aber mißglückt ist. Die Vereinbarung der Staaten sei daran gescheitert, daß die Staats-Lotterien von Braunschweig, Mecklenburg und Hamburg an Geschäftshäuser verpachtet sind, letztere aber für die Dauer ihres Pachtverhältnisses zu einer Aenderung ihres lediglich nach kaufmännischen Grundsätzen geregelten Booservertriebes nicht genöthigt werden können. — Der Spielteufel-Partikularismus hat also noch einige Jährchen Schonzeit!

Schweiz.

Disziplin oder Abrüsten! Mit der gleichnamigen Broschüre eines schweizerischen Majors Gertsch gehen deutsche bürgerliche Zeitungen kreiben, um dieselbe gegen die von der deutschen Sozialdemokratie aufgestellte Forderung des Milizheeres nach dem Beispiel des schweizerischen auszuspielen. Wenn man allerdings weiß, wer Herr Gertsch ist, wird man die Resultate seiner Broschüre begreifen.

Herr Gertsch ist Stabsmajor und war bis vor kurzem Kommandant des Gotthardbataillons. Von dieser seiner Stellung wurde er entfernt durch die Macht des Volkswillens und der Presse. Und da liegt der Hase im Pfeffer begraben; oder vielmehr die Abneigung Gertsch's gegen das Milizheer. Gertsch hatte nämlich bei strenger Kälte seine Truppen ohne Mantel im freien Felde bivakieren lassen, während er selbst in warmer Stube sich am Weine gütlich that. Soldaten und Offiziere jedoch waren der Meinung, daß diese Anfor-

zung nicht im Interesse des militärischen Dienstes gelegen sei und zogen einfach in ihre Quartiere. Gertsch bekam für seine Heldenthat einige Tage Arrest. Nun schwur er Rache. Er setzte sich hin und schrieb eine Broschüre über straffen Disziplin nach preussischem Muster. In der Offiziersgesellschaft Zürichs brachte er die Broschüre zum Vortrag und erntete bei einigen jungen Offizieren, die wahrscheinlich ihre preussischen Kameraden kopieren möchten, einigen Beifall. In dieser Broschüre behauptet Gertsch, daß das Volk dem Heere feindlich gegenüberstehe und daß an diesem Umstande hauptsächlich die Presse die Schuld trage. Die Presse habe kein Recht, sich in militärische Angelegenheiten zu mischen und der Milizsoldat habe unbedingt den Befehlen seiner Vorgesetzten zu gehorchen, wenn diese Befehle ihm auch unvernünftig oder geradezu schädlich erschienen. Gertsch möchte also ungefähr ein preussisches Dienstreglement und eine Knebelung der Presse. Daß das Schweizer Volk und die Schweizer Presse sich aber für beides bedanken, erregt keinen soldatischen Grimm. Was aber finden die bürgerlichen Zeitungen in dem Pamphlet? Einen Beweis für die Unbrauchbarkeit des Volksheres. Und gerade ein Vierteljahr, nachdem durch die Truppenübungen dieses Herbstes dieses Volkshere seine militärische Tüchtigkeit bewiesen hat und nachdem sie auch von deutschen Militärs anerkannt worden ist. Gertsch's Angriffe auf das Volkshere waren schon nicht anerkannt, bevor sie in die Öffentlichkeit kamen.

Italien.

Crispi ist, wie dem „Don Chisciotte“ aus Palermo gemeldet wird, guter Hoffnung. Er hat dem dortigen Anstator versichert, daß er die Wahlen machen und „dabei zeigen werde, was er könne.“ Crispi ist über den Wahlerfolg Bosco's wütend und die Ankündigung, daß ihm bei den Neuwahlen der Sozialist Dr. Barbato entgegengestellt werden soll, kann nicht zur Verbesserung seiner Laune beitragen. Man sucht schon jetzt die Sozialisten durch Bedrohung mit Prozessen wegen Theilnahme an dem Komitee für die Wahl Bosco's einzuschüchtern und hat auch bereits ein Verfahren gegen den Drucker und den Vertheiler eines bezüglichen Flugblattes eingeleitet. Die Sozialisten werden Herrn Crispi schon zum Tanze aufspielen, daß ihm Hören und Sehen vergeht.

Mailand. Die von Crispi verhängte Strafverfügung des Präfekten Carasola in Palermo, der die Wahl des Sozialisten Bosco nicht hintertrieb, weil er ein ehelicher Beamter ist, erregt großes Aufsehen.

Belgien.

Der König scheint des Regiments sachte überdrüssig zu werden. Nach einer Meldung „Handelsblad von Antwerpen“ beabsichtigt König Leopold, wenn die Annexion des Kongostaates durch Belgien nicht perfekt wird, abzudanken. Dasselbe Blatt schreibt weiter, für diesen Fall werde der König den Grafen von Flandern, der sich stets von allen den Kongostaat bezu. die Annexion betreffenden Fragen ferngehalten hat, zu seinem Nachfolger auf dem Thron ernennen. Die Belgier werden es vielleicht noch lieber sehen, wenn sie auch von dem Grafen von Flandern verschont bleiben: sie werden es ganz gut ohne König aushalten.

Lübeck und Umgegend.

25. Januar.

Zimmer konsequent! Wer gegen die Verkehrsordnung in der Holstenstraße fehlt, hat auch sogleich ein Strafmandat von etlichen Märkern zu gewärtigen. Und wie man weiß, ist man damit garnicht so sparsam. So mancher vom „Civilpact“ ist damit schon bescheert worden. Nun das andere Bild! Fortwährend laufen bei uns Bescherden ein, daß Lieutenants und andere höhere Militärs sich den Teufel um die Verordnung kümmern und gehen wo es ihnen eben beliebt. Ihnen sagt auch so leicht niemand etwas: Ja, im Gegentheil, bekundet uns ein Passant, daß noch großartig Honneurs gemacht werden. Wir denken: Vor Gesezen und Verordnungen ist jedermann gleich. Was also dem Lieutenant recht, ist dem „Civilpact“ billig. Entweder hebt man die Verordnungen ganz auf, oder handle wenigstens konsequent.

Testamentsverlesungen. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts am Montag den 28. Januar 1895, Vormittags 11 Uhr, werden verlesen werden: das Testament des hier selbst am 15. Januar 1895 verstorbenen Kaufmanns Johann Joachim Heinrich Martens; 2. das gegenseitige Testament des hiesigen Barbiers Heinrich Carl Friedrich Schmidt und seiner am 13. Januar 1895 verstorbenen Ehefrau Johanna Catharina Margaretha geb. Weidemann.

Eintragungen in das Handelsregister. Am 23. Januar 1895 ist eingetragen: auf Blatt 1772 bei der Firma Kommanditgesellschaft W. Griesse: Die Kommanditgesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.

Testamentsverlesung. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts, Abth. I, ist verlesen worden: das gegenseitige Testament des hier selbst verstorbenen Rentiers Carl Heinrich August Lorenz und seiner vorverstorbenen Ehefrau Agnes Ottilie geb. Westorff vom 13. Juli 1872.

Zum Ehren-Doktor der Philosophie ist anlässlich seines 25jährigen Jubiläums als Senator, das Mitglied des hiesigen Senates, Dr. Brehmer von der Universität Göttingen ernannt worden. Maßgebend für die Ernennung waren „hervorragende schriftstellerische Leistungen in der Geschichte sowie auch Naturwissenschaft.

Stadttheater. Morgen wird Madama Sans-Gêne“ wiederholt. In dem Niemann'schen Lustspiel „Wie die Alten sungen“, welches Sonntag zum ersten Male aufgeführt wird, treten die besten Kräfte unseres Schauspielpersonals auf.

Deutsch-Nordische Handels- und Industrie-Ausstellung. Das Departement für Handel und Manufaktur in Petersburg hat auf Anordnung des russischen Finanz-Ministeriums eine Einladung an die russischen Kaufleute und Industriellen erlassen, sich an die in Lübeck stattfindenden Ausstellung zu betheiligen.

Submission für die Umfriedigung der nordischen Ausstellung. Nicht weniger als 180 Offerten waren bis zum Termin eingelaufen, deren Forderungen sich von 9697,50 Mt. bis herab zu 3840 Mt. erstreckten. Wir fügen hinzu, daß das gelieferte Material Eigenthum des Erbauers bleibt, also nach Beendigung der Ausstellung in seine Hände zurückgeht. Trotz alledem ist es, wie uns ein Fachmann vorgerechnet hat, unmöglich, für 3840 Mt. den Baum zu liefern, wenn nicht an Arbeitslöhnen gespart wird. In Nachstehendem lassen wir die Angebote folgen. Es forderten:

Rebbien	9697,50 Mt.
Aug. Kock	6017,75 „
H. Oldenburg	6732,— „
Rittscher	6101,50 „
Lorfuhr	6755,— „
Grump	8920,— „
Niemann u. Sohn	4709,— „
Nunau u. Ernst	6965,— „
Behrens	5534,— „
Mork's u. Bagt	5942,— „
Hurmester	5677,— „
Karstens u. Käde	4483,83 „
Glajan	4987,50 „
Sand	9607,50 „
Lühr	5767,— „
Stamer	3840,— „
Lenzschau	6082,82 „

Der Unterschied zwischen 9697,50 Mt. und 3840 Mt. (5857,50 Mt.) ist doch etwas zu sehr klaffend.

Holzarbeiter-Verband. In der am Mittwoch Abend stattgefundenen Mitglieder-Versammlung wurde der Koll. A. Mann als Kandidat für die Delegation zu dem im April d. Js. in Erfurt stattfindenden Verbandstage aufgestellt. Die hiesige Wahlstelle bildet mit der Wahlstelle Altona einen Wahlkreis. Die Festsetzung des Wahltages und des Wahl-Lokales geschieht von seiten der Lokal-Verwaltung. Von der Versammlung wurde der Wunsch geäußert, die Wahl möge an einem Sonntag stattfinden. Zur Verathung der Statuten und Formulierung etwaiger Abänderungs-Anträge wurde eine fünfgliedrige Kommission eingesetzt, welche in der nächsten Versammlung darüber zu berichten hat.

Der Seefischerverein an der Weser hat in einem Schreiben an den hiesigen nautischen Verein hervorgehoben, daß der Jahresverdienst der Seelente in dem Geseze, betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung für Seelente, viel zu gering bemessen und die doch in's Gewicht fallende freie Beföstigung zu niedrig veranschlagt sei. Daß der Jahresverdienst der Seelente äußerst gering ist, wissen die Rheder sehr gut und wenn sie sich jetzt dessen schämen, so liegt das eben daran, daß nicht höhere Löhne von ihnen gezahlt werden. Sie, die Rheder selbst, sind allein der schuldige Theil. Na, und was die vielgerühmte freie Beföstigung betrifft, so sollten die Rheder lieber schweigen. Wir haben schon wiederholt den Schleier etwas gelüftet und gezeigt, wie es in Wirklichkeit damit aussieht. Die Rheder haben am allerwenigsten ein Recht, sich über die geringe Festsetzung des Jahresverdienstes der Seelente aufzuregen. Würden sie von ihren selbstsüchtigen Interessen absehen, so wäre auch der Lohn der Seelente höher.

Eine arge Sperrung des Verkehrs an der Ecke Holstenstraße-Schüsselbuden trat Mittwoch Abend dadurch ein, daß ein Wagen der elektrischen Bahn aussetzte. Mit Hilfe eines zweiten Wagens, der als Schlepper diente, wurde der Wagen wieder in das rechte Geleis gebracht. Ein Stück Eisen, welches in der Rinne gelegen hatte, war die Ursache des Unfalls gewesen.

Ueberrfahren wurde gestern Morgen in der oberen Fischergrube ein etwa 3jähriges Kind. Beide Räder des zum Glück leeren Wagens gingen dem Kinde über das Kreuz. Das Kind wurde in die elterliche Wohnung getragen. Ueber den Zustand des Kindes konnten wir bis jetzt noch nichts erfahren.

Falsches Geld. Ein falsches Thalerstück wurde in einem hiesigen Geschäft angehalten und der Polizeibehörde übergeben. Das Falsifikat trägt das Münzzeichen A. und die Jahreszahl 1867.

Gestohlen wurden in der Wahnstraße ein Paar erst wenig gebrauchte Schnürschuhe.

Der Eigenthümer hat sich gemeldet, dem die Sachen gehören, welche dieser Tage einem Schlachtergesellen aus Marlow abgenommen wurden; es ist ein Arbeiter aus der Hartengrube. Die gestohlene Wäsche hatte während der Nacht im Gange gehängt.

Die Unsitte der Kinder, Schreibfedern abzulecken, hat eine Familie in Berlin in tiefe Trauer verjett. Das achtjährige Söhnchen des Civilingenieurs F. leckte nach Fertigstellung seiner Schularbeiten eine mit Linte behaftete Stahlfeder ab. Bereits am nächsten Tag war das Zahnfleisch bedenklich geschwollen, so daß, da auch am Sonntag der Zustand des stark fiebernden Knaben sich erheblich verschlimmerte, die Eltern einen Arzt hinariefen, welcher sofort Blutvergiftung konstatierte und die Ueber-

führung des Kindes nach einem Krankenhause anordnete. Biewohl sofort eine Operation vorgenommen wurde, ist der kleine F. doch bald darauf der Blutvergiftung erlegen. — Eltern können deshalb die Kinder vor dieser Unsitte nicht genug warnen.

Schwartau. Pragerpädagogen. Vor Kurzem haben zwei Lehrer aus dem Fürstenthum ihren Abschied genommen, weil sie ihr Amt als Lehrer überschritten hatten: sie hatten Kinder zu sehr geschlagen. Raun ist diese Zeit verstreichen, so geht es von frischem los und es ist wirklich an der Zeit, daß einmal Remedon in dieser Sache geschaffen wird. Augenblicklich schreibt ein Prozeß gegen einen Lehrer in Mensfeld, welcher den Sohn eines Arbeiters so gegen den Kopf geschlagen haben soll, daß derselbe sein Gehör fast gänzlich verloren hat. Jetzt scheint sich diese Lehrerkrankheit auch in Schwartau zu zeigen. Von den älteren Lehrern hört man zwar nicht, daß sie in dieser Art ihr Amt überschritten, wohl aber von den jüngeren; deshalb muß man sich auch nicht wundern, wenn die Kinder den Respekt gegen den Lehrer verlieren. So sollen in einer Unterrichtsstunde einige Knaben an einem Tische geschrieben haben, was als Hausarbeit seitens des Lehrers aufgegeben war. Diesem Streiche folgte die Strafe auf dem Fuße. Die Knaben mußten vortreten und erhielten hierfür ihre Schläge. Unter diesen befand sich auch ein Unschuldiger, welcher nach seiner Aussage sowie der seiner Mitschüler durchaus nicht geschrieen haben soll. Er sträubte sich natürlich gegen die Strafe, aber es half ihm nichts; der Lehrer versuchte es mit Gewalt. Der Junge in seiner Angst wollte zum Fenster hinauspringen, wurde aber vom Lehrer daran verhindert. Später erhielt er für seine Ungehorsamkeit eine Züchtigung in Anwesenheit eines zweiten Lehrers. Natürlich kam es zur Kenntniß der Eltern; denn der Knabe war braun und blau geschlagen; er hatte, wie man zu sagen pflegt, Landartenfarbe. Der erzürnte Vater richtete deshalb ein Schreiben an den Hauptlehrer und erhielt folgende Antwort:

Schwartau, 17. Jan. 1895.

Herrn hier.

Mit Bezug auf Ihr Schreiben vom 16. d. M., betreffend Karl, teile ich Ihnen mit, daß Herr Langfeldt mich am letzten Freitag gleich nach Schluß von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt hat. Nach dessen Aussage haben einige Knaben, zu welchen auch Ihr Karl gehört, während der Unterrichtsstunde an einem Tische geschrieben. Die anderen Knaben haben die Strafe dafür ruhig entgegengenommen; Karl jedoch hat sich gegen seinen Lehrer aufgelegt und ist auch nach Schluß der Schule davongelaufen, obgleich er hat bleiben sollen.

Sie werden mir zugeben, daß solche Widergesetzlichkeit eines Schülers strenge bestraft werden muß. Karl ist deshalb am Montag von Herrn Langfeldt gezüchtigt, doch hat kein anderer Lehrer die Hand an ihn gelegt, obgleich Herr Jäger bei der Verstrafung zugegen gewesen ist.

Was Sie ferner noch über Herrn Graage vorbringen, stellt sich nach dessen Äußerungen auch wesentlich anders.

Sie werden hieraus ersehen, daß es nicht geraten ist, auf Aussagen von Kindern hin Beschuldigungen niederzuschreiben.

Wilmüller, Hauptlehrer. Viele Eltern sind darüber empört, daß ihre Kinder haben ungeschuldig nachhaken müssen. So konnte kürzlich der Lehrer Langfeldt seinen Stod nicht gleich finden. Er glaubte natürlich, daß eines der Kinder den Stod verlegt hätte, und so mußte denn die ganze Klasse einige Male eine Stunde nachhaken. Daß eine derartige Maßnahme erzieherisch wirken könnte, vermögen wir nicht zu behaupten. Im Uebrigen empfehlen wir den Lehrern, die das Brügelpädagogen nicht lassen können, Eduard Saad's Broschüre: „Die Brügelpädagogik“ zu lesen; vielleicht kommen sie dann auf andere Gedanken.

Von der Gemeinde-Versammlung in Albsfelde ist das bisherige Mitglied des Gemeinde-Vorstandes, Hospächter G. P. Knautz, in gleicher Eigenschaft auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren wiedergewählt worden. Die Bestätigung der Wahl durch das Stadt- und Landamt ist erfolgt.

Der Wollner Kriegerverein hat bei dem Kreis-Kriecherverband in Rabeburg „in Anregung“ gebracht, dem „Heros unseres Jahrhunderts“ in Friedrichsruhe wie alljährlich einen Facelzug zu bringen. Weshalb bringt man keine Geschenke, das, die in Friedrichsruhe viel lieber gesehen werden? Weil man keinen Deut auf dem „Altare des Vaterlandes“ opfern?

Waren. In welch gesundheitschädlichem und geradezu lebensgefährlichem Zustande sich sehr oft die Arbeiterwohnungen auf den Gütern unserer „Edelsten“ befinden, davon legt wieder einmal ein furchtbares Unglück Zeugniß ab, das sich in voriger Woche in dem Dorfe Peenhäuser bei Volkathruhe zutrug. Während daselbst die Familie des Tagelöhners F. nichts ahnend in tiefstem Schlummer lag, stürzte plötzlich die sehr schadhafte Decke ein und fiel auf die Familie herab. Das einjährige Kind des Tagelöhners, ein Knabe, war sofort tot. Die Frau ist sehr schwer verletzt, während der Mann mit leichteren Verwundungen davongekommen ist. Wen trifft die Verantwortung für den Verlust dieses jungen Menschenlebens?

Neumünster. Für den Antrag Kanitz, für energische Maßregeln gegen die Margarinefabrikation sowie für ein Verbot der Vieheinfuhr, sprach sich die Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes der Landwirthe aus, die hier am Mittwoch stattfand. Daß muß man den Herrn vom Bunde der Landwirthe lassen, im Schreien für neue Liebesgaben leisten sie Erkleckliches. Seitdem sie Morgenluft wittern, werden sie immer maßloser — im Schreien und fordern.

Elmsborn. Die Arbeiter in der Maschinenfabrik von Chr. Steen haben die Arbeit niedergelegt.

Kiel. Des schrecklichen Verbrechens der Beamtenbeleidigung sollte sich der Genosse v. Asperrn aus Neumünster schuldig gemacht haben, weshalb er sich vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten hatte. Im „Glysim“ zu Neumünster fand am 3. September eine Volksversammlung statt, in welcher der Maler Otto Dieblich aus Hamburg über die Lage der Maler und über deren Organisation sprach. Als er fertig war und aus dem Saal ging, folgte ihm der Polizeibeamte Gentel, während der Referent Holzhäcker aus Flensburg seinen Vortrag hielt, um draußen die Personalien Dieblich's festzustellen, und das Manuskript der Rede, welches im Eisenbahnwagen geschrieben war, einzuziehen, denn Dieblich hatte Einiges gesagt, was dem aufsichtsführenden Polizeibeamten garnicht recht gefiel. Dieblich's machte auch gar keine Schwierigkeiten, gab

ihm Auskunft und Manuskript. Als nun der Polizeibeamte Gentel wieder durch den Saal ging, hatte der Referent Holzhauser seine Rede beendet, und der Vorredner, Arbeiter Adolph Friedrich v. Aspern, fand sich veranlaßt, zu bemerken, es hätte sich während der Rede Friedrichs einer von den aufsichtsführenden Polizeibeamten durch den Saal bewegt und dadurch die Aufmerksamkeit einiger Hörer von dem Redner abgelenkt; die Versammlung solle sich dadurch nicht stören lassen, das Benehmen verdiene mehr Miß- als Beachtung. Die Versammlung rief „Bravo!“ Darob nun fühlte sich der Polizeibeamte Gentel schwer beleidigt und stellte den Strafantrag gegen v. Aspern. Die Zeugen bekundeten, daß v. Aspern ihrer Ansicht nach Diejenigen hätte rügen wollen, welche dem Benehmen des Beamten ihre Aufmerksamkeit zugewendet hätten, statt auf den Redner zu hören. Rechtsanwalt Graf Reventlow beantragte Freisprechung. Die Staatsanwaltschaft aber sechs Wochen Gefängnis. Das Gericht schenkte natürlich den Zeugenaussagen der Polizeibeamten Gentel und Krüger vollen Glauben und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis, sprach auch dem „Beleidigten“ die Befugnis zu, den entscheidenden Theil des Urtheils binnen sechs Wochen nach Eintritt der Rechtskraft auf Kosten des Verurtheilten ein Mal im „Holsteinischen Courier“ zu Neumünster bekannt zu machen. — Und da verlangt man noch nach einem „Umsturzgesetz!“

Burg. Ein Unfall, der leicht unendliches Leid über drei Familien hätte bringen können, ereignete sich Montag Nachmittag. Die Fischer Bagt und Beck Vater und Sohn waren hinausgefahren um die Netze aufzunehmen; auf der Rückfahrt schlug das Boot voll Wasser und sank mit den Insassen, die sich aneinander klammerten. Vom Bande aus sahen die Arbeiter Wendel und der Fischer

Paul Ibe, auf der Tiefe wohnend, die entsetzliche Lage der Versinkenden, denen die hochgehenden Wellen bereits über den Kopf schlugen, und eilten ihnen zu Hilfe. Sie erreichten die drei auch noch eben zu rechter Zeit, nahmen die anscheinend bereits Leblosen ins Boot und brachten sie nach Hause auf der Tiefe, wo mit den Verunglückten, nachdem sie ins Bett gebracht, Wiederbelebungsvorversuche angestellt wurden. Während die beiden Beck bald wieder die Besinnung erlangten, bedurfte es nach der „E.-Z.“ bei Bagt längerer Bemühungen, ehe er die ersten Lebenszeichen von sich gab. Leider ist das ganze Fischer- und Bootsgut der Leute fortgetrieben.

Neueste Nachrichten.

Kaiserslantern. Der frühere Reichstagsabgeordnete Jean Janson ist gestorben.

Paris. Bourgeois begab sich gestern früh zum Präsidenten der Republik und bat, von dem Auftrage der Kabinettsbildung entbunden zu werden. Präsident Faure dankte ihm, daß er seinem Rufe Folge geleistet habe. Der Präsident beschloß, im Laufe des Vormittags mehrere politische Persönlichkeiten zu berufen.

Briefkasten.

Zwei Abonnenten. 1460 wählten die Stände Schleswig-Holsteins Christian I. von Oldenburg, der bereits Dänenkönig war, zu ihrem Herzoge. Von dieser Zeit dann bis 1864.

Sternschanz-Bichmarkt.

Hamburg, 24. Januar. Der Schweinehandel verlief langsam. Zugesührt wurden 1310 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Verbandschweine schwere 46—48 Mk

leichte 43—45 Mk., Saueu 38—42 Mk. und Ferkel 44—46 Mk. pr. 100 Pfd.

Lübecker Getreidepreise.

Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfund:	23. Januar.
Weizen	11 Mk. 50 Pf bis 12 Mk. 70 Pf.
Roggen	11 " " " 11 " 50 "
Gerste	10 " " " 11 " " "
Hafers	10 " 50 " " 11 " 50 "
Erbsen	11 " 50 " " 12 " " "
Gelbe Roherbsen	16 " " " 17 " " "
Grüne " " "	16 " " " 17 " " "

Marktbericht.

Butter Holt. 110 Pfg., Mehl. 100 Pfg. per Pfd. Schinken per Pfd. 90 Pfg., Wurst per Pfund 110 Pfg., Eier 8 Stück 60 Pfg. Hühner per Stück 120 Pfg., Enten per Stück 220 Pfg., Kälber per St. 70 Pfg., Lämmer per St. 40 Pfg., Gänse per Pfd. — Pfg. Schweinshopf per Pfd 50 Pfg., Speck per Pfd. — Pfg., Kartoffeln per 10 Liter 60 und — Pfg.

Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelommen:

Donnerstag, den 24. Januar.
10,20 U. B. D. Lübeck, Hultman, von Kopenhagen in 13 Std.
Freitag, den 25. Januar.
8,05 U. B. D. Finland, Finkenberg, von Hangö in 60 Std.
8,20 U. B. D. Najaden, Möller, von Kopenhagen in 14 Std.

Abgegangen:

Donnerstag, den 24. Januar.
12,— U. B. D. Falke, Ehler, nach Fehmarn.
4,40 U. B. D. Nawa, Krellenburg, nach Neval.
5,18 U. B. D. Burg, Thiel, nach Königsberg.
7,45 U. B. D. Palmstab, Lunden, nach Kopenhagen.
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,45 DSD., sehr schwach.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Livadia ist am 23. d. Mts. in Wismar angekommen.
D. Luba ist am 23. d. Mts. von Pillau nach Ragnick abgedampft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Allen Freunden und Nachbarn für die vielen Glückwünsche zu unserer Silberhochzeit, sowie den Mitgliedern des Verbandes der Bauarbeiter und den Sängern vom Gesang-Verein „Eintracht“ unsern besten Dank.

H. Knorr und Frau.

Sonntag den 27. Januar:
Ausverkauf von vorzüglichem **Action-Bock-Bier.**
Freunde und Gönner laßt freundlichst ein-
H. Stehr, Wallstraße.

Eine größere Parthie **wirklich feine Hofbutter**
à Pfd. nur Mk. 1,00,
bei mehreren Pfunden etwas billiger
empfehlst
Th. Storm
Königstraße 98.

Frische Brodwurft
und
Kopffleisch
empfiehlt
Aug. Scheere
Holstenstraße 27.

Gebrannter Caffee
rein und kräftig, Pfund 1 Mk.
Geräucherte Mettwurst
Pfund 1 Mk. und 1,20 Mk.
H. Wittfoth, Emilianstraße Nr. 3.

Prime Ochsenfleisch
„ **Schweinefleisch**
„ **Kalbfleisch**
„ **Lammfleisch**
sowie
sämmtliche Wurstsorten
empfiehlt
Fritz Paetau
Schlachtereie u. Wurstmacherei
Dankwartsgrube 46.

Gute fette
Koch-Butter
à Pfd. 80 und 90 Pfg.
empfiehlt
Th. Storm
Königstraße 98.

Gebrannter Caffee
rein von Geschmack, Pfund 100 Pfg.
Joh. Nagel, Engelsgrube 51.

Warnung!

Zu gegebener Veranlassung machen wir hierdurch Folgendes bekannt:
1) Alle von uns benutzten Bierflaschen sind unser Eigenthum und unverkäuflich. Vor dem Ankauf derselben wird daher gewarnt.
2) Es ist unerlaubt, die mit unserer Firma oder einer Etikette unserer Firma oder dergl. versehenen leeren Flaschen aufs Neue mit Bier zu füllen und feilzubieten. Ein solches Verfahren ist bestimmt und geeignet, das Publikum über den Ursprung der in den Flaschen enthaltenen Biere zu täuschen und unterliegt gesetzlicher Strafe.

Lübeck, den 24. Januar 1895
Aktien-Bierbrauerei Lübeck, Emil Lychenheim, Schwartau. P. Cordes Wwe.
H. Lücke, Brauerei „Zur Walkmühle“.
Brauerei „Zur Giche“, vorm. Schwensen & Pehrs, Kiel.
Sanja-Brauerei, Johs. Uter & Co. „Ablers-Brauerei“, G. Teichgräber.

Öffentliche Versammlung

für alle in der **Bekleidungs-Industrie beschäftigten Arbeiter**
am Montag den 28. Januar 1895, Abends 8 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn F. Leeke, Lederstrasse No. 3.
Tages-Ordnung:

1. Abrechnung und Bericht der Agitations-Commission.
2. Wahl eines Bezirks-Vertrauensmannes sowie der Agitations-Commission.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Sieben erschienen und durch uns zu beziehen:

Umsturz u. Sozialdemokratie.

Verhandlungen des Deutschen Reichstages
am 17. Dezember 1894 und 8. bis 12. Januar 1895.

Nach dem
effizienten stenographischen Bericht.

Erstes Heft. Preis 15 Pfg.

Große Altesfähre 35-37. **Friedr. Meyer & Co.**

Im Verlage der Buchhandlung des „Vorwärts“ ist erschienen und durch die Expedition des „Lübecker Volksboten“ zu beziehen:

Der Leipziger Hochverraths-Prozeß

wider
Bebel, Liebknecht, Hepner.
Mit einer historischen Einleitung von W. Liebknecht.
Neue Ausgabe.

20 vierzehntägige Lieferungen à 20 Pfg.

Für jeden Parteigenossen, der die Geschichte der Partei kennen will, geradezu unentbehrlich. Alle Vorgänge in der Partei seit ihrer Gründung, ihre Beschlüsse und Aktionen, die Korrespondenz der Angeklagten und des Parteiaussschusses mit Genossen und Politikern im In- und Ausland — alles liegt hier gesammelt vor. Das Buch ist daher für jeden politisch denkenden Staatsbürger ein reichliches und politisches Quellenwerk und ein Arsenal der gesammten sozialistischen und revolutionären Literatur bis in den Anfang der 70er Jahre.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten
Friedr. Meyer & Co.

Lehrlings-Gesuch.
Für meine Bäckerei und Conditorei zu Ostern ein Lehrling unter günstigen Bedingungen.
A. Wesche, Fadenburger Allee 54.

Ein ausständiger Knabe von ungefähr 15 Jahren zu leichten Arbeiten.
L. Schmidt, Schüsselboden 4.

Gesucht einige Brodträger
bei gutem Verdienst.
Th. Vogt, Bäckerei,
Wilselmsbüche, Schwartauer Chaussee Nr. 27.
Dasselbst zu sofort eine Etage zu verm.

So gl. 1 Laufmädchen. Bekergrube 30.

Einen gr. Zugänger
hat zu verkaufen
H. Robrahn, Vortwerk.

2 ff. Häuser nahe vom Holstenthor sollen f. d. Beschwerungsf. billig ohne Anzahl. f. d. verb. Angek. unt. No 483 b an die Exped. d. Bl. erb.

Zu vermieten zum 1. April eine kleine Wohnung, enthaltend 3 Zimmer, zum Preise von 180 Mk.
Königstraße 117.

General-Versammlung
der
Kranken- u. Sterbekasse „Amicitia“
(E. H.-R. Nr. 18)
am Sonnabend den 26. Januar 1895
Abends 9 Uhr
im Concordia-Garten.
L.-D.: 1. Abrechnung vom verfloffenen Halbjahr.
2. Vorstands- und Revorenwahl.
3. Aenderung der §§ 2, 4 und 12.
4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Stadttheater in Lübeck.

Sonnabend den 26. Januar:
74. Abonnements-Vorstellung. 2. Serie: Gelf. Anfang 7 Uhr. Opernpreise.

11. Gastspiel
von Fräul. Hermine Reichenbach.
Zum vorletzten Male:
Madame Sans-Gêne.

Sonntag den 27. Januar:
Kein Abonnement. Opernpreise.
Vollständig.
Zur Feier von Kaisers Geburtstag.
Bei festlich erleuchtetem Hause!

Gastspiel
von Fräul. Hermine Reichenbach.
vom Lessingtheater in Berlin.
Erstes Wiederanstreten des Herrn
Eduard Le Secur nach seiner Krankheit.
Neuheit. Zum 1. Male: **Neuheit.**
Wie die Alten sangen.
Lustspiel in 4 Akten von Carl Wienann.
In Scene gesetzt von Direktor Erdmann-Jesinger.

Ein wichtiger Fortschritt auf dem Gebiete der Zigarrenfabrikation.

Darüber berichtet der badische Fabrikinspektor Wörris-hoffer in seinem letzten Bericht Folgendes:

„Eine Gefährdung der Gesundheit der Zigarren-arbeiter liegt in der Unsitte, die mittelst Kleister her-gestellten Köpfe der Zigarren mit dem Munde fertig zu bearbeiten und dabei die Enden des verwendeten Deck-blattes abzubeißen. Es ist unvermeidlich, daß hierdurch beständig Tabaksaft in den Magen gelangt, was wohl eine der hauptsächlichsten Ursachen dafür ist, daß so viele Zigarrenarbeiter frühzeitig den Appetit vollständig ver-lieren und daß ihre Verdauungsfähigkeit geschwächt wird. Außerdem wird von den Ärzten das bei dem Bearbeiten mit dem Munde eintretende Entziehen von Speichel für sehr schädlich gehalten und es ist ferner das ganze Ver-fahren für das rauchende Publikum im höchsten Grade unappetitlich. Wir haben daher seit langer Zeit gegen diese Unsitte angekämpft, ohne damit einen nennenswerthen Erfolg zu erzielen; da die genannte Art der Bearbeitung sich viel zu sehr bei den Arbeitern eingelebt hatte und da auch vielfach geltend gemacht wurde, die Verwendung von Kleister zur Herstellung des Kopfes der Zigarren bedinge in gewissem Umfange die Bearbeitung mit dem Munde. Um dem genannten Uebelstande mit Nachdruck entgegen-zutreten, wurde seitens eines Bezirksamtes vorgeschlagen, das Verbot des Bearbeitens der Zigarrenköpfe mit dem Munde durch einen Nachtrag zu den Arbeitsordnungen der Zigarrenfabriken unter Strafanandrohung durchzuführen. Wir haben dieser Androhung zugestimmt und zugleich die Bezirksämter mit Zigarrenindustrie erjucht, in gleicher Weise vorzugehen. In noch wirksamerer Weise ist die Zigarrenfabrik von Mary Söhne in Heidelberg dem in Rede stehenden Mißstande entgegengetreten. Sie hat ein Verfahren eingeführt, bei welchem zu dem Kopf der Zi-garren überhaupt kein Kleister verwendet, sondern bei welchem das Ende des umgelegten Deckblattes von einem vor dem Rauchen abzustreifenden kleinen Gummiringe festgehalten wird. Die Bedeutung dieses Verfahrens für die Gesundheit der Arbeiter hängt von dem Umfange ab, in welchem sich dasselbe in die Praxis auch in den übrigen Fabriken einführt. Es wird mitgetheilt, in dem jetzigen geringen Umfange der Produktion nach diesem Verfahren betrügen die Mehrkosten der Herstellung für 1000 höch-stens 50 Pfennige. Auch diese Differenz werde aber bei Herstellung im Großen verschwinden, da weniger Arbeit zu leisten sei, und da hierdurch der Aufwand für die kleinen Gummiringe ausgeglichen würde.“ Die „Neue Zeit“ bemerkt hierzu: „Es bedarf keine Erklärung, daß es im Interesse der Tabakarbeiter und des Publikums dringend nothwendig erscheint, das neue Verfahren durch gesetzgeberisches Eingreifen obligatorisch zu machen.“ Das gewerkschaftliche Organ der Tabakarbeiter „Der Gewerk-schafter“, das jedenfalls kompetenteste Blatt, bringt dazu folgende Auslassungen: „Obgleich wir das geschilderte unappetitliche, ja gefährliche Verfahren ebenfalls miß-billigen, zweifeln wir doch daran, daß das gepriesene neue Verfahren, in der bezeichneten Heidelberger Zigarrenfabrik durch gesetzgeberisches Eingreifen obligatorisch gemacht

wird. Praktisch ist es jedenfalls nicht von dem Werth, der ihm beigelegt wird, ab-gesehen davon, daß es die Qualitätsver-hältnisse der billigeren Zigarrensorten durch die erhöhten Kosten verschieben wird. Die Bearbeitung des Zigarrenkopfes mit dem Munde ist keineswegs nöthig und bedarf es nur der Auf-sicht, um diese Unsitte verschwinden zu machen. Im Interesse unserer Kollegen fordern wir diese selbst auf, die gesundheitsgefährliche Unsitte durch gegenseitige Be-lehrung beseitigen zu helfen. Wir kennen Fabriken, in denen bei Einstellung von Zigarrenarbeitern die Bedingung gestellt wird, keine Zigarre zur Bereitung des Kopfes in der Mund zu nehmen. Das half. Arbeiter, die sich an die Unsitte gewöhnt hatten, unterließen sie infolge dieser Bedingung, weil sie sonst Entlassung befürchten mußten. Es bedarf also keines gesundheitspolizeilichen Eingriffes. In den Fabriken thut ein einfaches Verbot des Unter-nehmers sofort seine Wirkung. Und unter Hausarbeitern wird ein solches Verbot in Verbindung mit der Belehrung über die gesundheitliche Gefahr mit der Unsitte ebenfalls bald ausgeräumt haben.“

Sozialdemokratischer Parteitag für die Provinz Schleswig-Holstein, Herzogthum Lauenburg, Fürstenthum Lübeck und freie Hansestadt Hamburg.

II.

(Vormittags-Sitzung.)

Die Sitzung wurde um 9 Uhr vom Vorsitzenden er-öffnet. Im Bericht der einzelnen Wahlkreise wird fort-geführt.

Genosse Heine erstattete für den 6. Wahlkreis den Bericht. Das Versprechen, welches er auf dem vorigen Parteitage gegeben, sei von seinem Kreis eingelöst worden, indem bei der Wahl der Kreis zurückerobert worden sei. Daß die ländlichen Kreise nichts an die Agitations-kommission abgeliefert haben, treffe für den 6. Kreis nicht zu, der 1000 Mk. an dieselbe abgehandelt habe. Redner ist der Ansicht, daß die Erstattung eines Situa-tionsberichts an die Agitationskommission überflüssig sei. — 35 Versammlungen seien im Kreis abgehalten worden. Ein Flugblatt wurde verbreitet, desgleichen eine Ar-beitslosenstatistik, der „Volkskalender“ und ein weiteres Flugblatt. Auch das Kieler Parteiorgan wurde ver-breitet, freilich hätten die Zeitungsverbreitungen nur einen geringen Erfolg gehabt. Auch die Prozesse verschlangen viel Geld. Man mußte dieselben führen, um den Ueber-griffen der Polizei entgegenzutreten. Freilich war der Erfolg der Prozesse ein negativer. 570 Mk. wurden für Prozesskosten ausgegeben. Die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ ist in 545 Exemplaren im Wahlkreis verbreitet, das „Hamburger Echo“ in ca. 1700, die „Nord-Wacht“ in 281 Exemplaren. 1800 „Wahre Jakob“ und 40 „Süddeutsche Postillons“ werden ver-breitet. 86 öffentliche Versammlungen fanden statt. Die Einnahme betrug erfreulicherweise in Ottenfen ca. 18,000 Mark. Bei der Wahl kamen über 10,000 Mk. ein. Von Hamburg wurden baar 3000 Mk. beige-steuert. Der Wahlkampf dürfte 22,000 Mk. gekostet haben.

8040 Mk. wurden im Wahlkreis, Ottenfen abgerechnet, aufgebracht. Das Resultat ist aber ein durchaus günstiges. Die sozialdemokratischen Vereine hielten 123 Versamm-lungen ab. Die Mitgliederzahl beträgt in Ottenfen 1500, in Elmshorn 115, zusammen in allen Ortschaften 2507. Insgesamt nahmen die Vereine 12,064,76 Mk. ein. Die Gesamteinnahme des 6. Kreises betrug über 31,000 Mk. Hätte bei besserer Konjunktur auch mehr aufgebracht werden können, so sei doch immerhin kein Grund zur Klage gewesen. Auch die übrigen Kreise würden ähnliches leisten können, wenn die Agitation und Organisation demgemäß eingerichtet wird. Betreffs des Volkskalenders theilt Redner die Ansicht Koenens nicht. Derselbe muß womöglich auch in diesem Jahre verbreitet werden, wobei auf bessere Ausstattung zu sehen sei. Falls unvorhergesehene politische Ereignisse eintreten sollten, so könnten immer noch die entsprechenden Maß-nahmen getroffen und die Gelder für andere Dinge ver-wendet werden. Die Klage Berards über die Konkurrenz des „Neuen Welt-Kalenders“ durch den Volkskalender sei ungerechtfertigt. An dem schlechten Absatz des ersteren sei mehr die allgemeine wirtschaftliche Lage Schuld.

Haase-Kiel: In dem letzten Jahr war die Lage im 7. Wahlkreis deshalb finanziell eine schlechtere, weil die Furcht der Arbeiter in den Staatswerkstätten so groß ist. 65 Versammlungen wurden abgehalten, 2 Versamm-lungen aufgelöst. 3190 „Volks-Zeitungen“ werden in Kiel gelesen. Hinsichtlich des Volkskalenders steht Redner auf dem Standpunkt Heine's. 32 000 Broschüren ver-schiedener Art, sowie der „Volkskalender“ wurden ver-breitet. Auch der 7. Kreis hat verschiedene Prozesse aus-geleitet müssen, zwei Prozesse schweben noch. 650 Mark wurden an die Agitationskommission abgehandelt.

Mehrens-Neumünster: Der „Volkskalender“ muß abermals verbreitet werden. Die Neumünsterer Genossen haben in jeder Hinsicht ihre Schuldigkeit gethan, was Redner an Zahlen nachweist.

Heinrich-Altona berichtet aus dem 8. Wahlkreis. Die Organisation ist in den Städten eine gute zu nennen, wenn auch noch mehr Mitglieder in den Vereinen sein könnten. Auf dem Lande sei die Organisation, um be-hörliche usw. Unterdrückungsmaßregeln zu vermeiden, eine sogenannte lose. Auf dem Lande mache auch die wirtschaftliche Abhängigkeit die Gründung von Vereinen unmöglich. Die verflozene Reichstagswahl trug dazu bei, die Organisation zu festigen und zu erweitern. Im 8. Wahlkreis sind 3085 Genossen politisch organisiert. Versammlungen wurden 54 öffentliche und 50 Vereins-versammlungen abgehalten. Es wurde eine Arbeitslosen-statistik im Anfang März aufgenommen, die den Nach-weis des großen Elends erbrachte, das nicht nur im Winter vorhanden. Auch eine von 1000 Personen be-suchte Arbeitslosenversammlung wurde abgehalten. Durch verschiedene Flugblätter wurde in Stadt und Land, auch für die Presse wurde lebhaft agitiert. Seien die dies-bezüglichen Erfolge auch nicht so groß, so sei dafür die schlechte wirtschaftliche Lage verantwortlich. Das „Hamb. Echo“ zählt 3776 Abonnenten, auch von der „Nord-Wacht“ und der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ seien Abonnenten vorhanden. Sehr bemerkbar mache sich die Konkurrenz des sogenannten „General-Anzeiger“. — Bei den Wahlen habe sich gezeigt, daß durch den Wahlkampf ein viel regeres Leben hervorgerufen

Trenn wie Gold.

Novelle von Brutus.

(27. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

10.

Eine halbe Stunde später saß Kurzberger bereits im Eisenbahnwaggon. Trotz der Schnelligkeit, mit welcher der Zug dahinbrauste, dünkte es ihm eine Ewigkeit zu währen, ehe er sein Reiseziel erreichte. Sein Geschäfts-freund, dem er sein Kommen telegraphisch angezeigt hatte, erwartete ihn am Bahnhof.

Die beiden Männer drückten sich stumm die Hände.

„Todt?“ fragte Kurzberger noch einmal, als sie be-reits in einer Droschke Platz genommen hatten.

Der ihm Gegenüberstehende nickte und schweigend fuhren sie weiter.

Mit einem lauten Ausschrei warf sich Kurzberger über die Leiche seines Sohnes, die in dem Zimmer, welches der Todte bei Lebzeiten bewohnt, bereits aufgebahrt war. Er hörte nicht die Trostworte des Freundes, er lauschte nur mit halbem Ohre, als er ihm die Art und Weise des Todes erzählte. Für ihn war es genug, daß sein Sohn todt war.

„So habe ich denn Beide verloren,“ murmelte er, „der Eine todt, der Andere für mich verloren — also Beide todt.“

Seine Bekannten ehrten seinen Schmerz und ver-schonten ihn mit ihren Trostgründen. Er saß zu dem Haupte der Leiche und sein Rechte ruhte auf der Stirn seines Sohnes, welcher wie ein Schlafender dalag. Sein Anblick bot nichts Abschreckendes, nur um die fest-

geschlossenen Lippen schien ein Zug herben Schmerzes zu zucken.

Eduard hatte, wie schon öfter, auch an diesem Nach-mittage wieder eine Kahnpartie auf der Ruhr gemacht, und war dabei, nach der Aussage des Eigenthümers des Fahrzeuges, in eine Strömung gerathen. Der Fluß stürzte sich nämlich an einer Stelle über ein Wehr hinab. Trotz der Warnungen des Mannes hatte er versucht, die Strömung zu durchschneiden.

Das Fahrzeug wurde herabgerissen und schlug um. Als der Schiffer zur Rettung herbeieilte, zog er eine Leiche heraus. Vermuthlich hatte der junge Mann einen Krampf bekommen, denn er hielt sich mit beiden Händen an einem Balken unter Wasser fest und es kostete Mühe, ihn davon zu lösen. Sein Tod erregte allgemeines Auf-sehen. Er war in weiteren Kreisen bekannt geworden. Er stand noch in der Blüthe der Jahre, er war der Sohn und als solcher dereinstiger Erbe eines weithin geachteten Hauses — alles dieses wirkte zusammen, um den Unglücksfall zum Gegenstand des Stadtgesprächs zu machen.

Es dunkelte bereits, als sich Kurzberger mit der Auf-bietung aller Kräfte von der Stätte des Sammers los-riß, um nöthige Anordnungen zu treffen.

„Ich werde die Leiche morgen mit mir nehmen,“ sagte er dann zu seinem Freunde. „Lassen Sie uns, wenn möglich, heute Abend noch die nöthigen Schritte thun.“

Da gab es viel zu besprechen, zu ordnen, zu kaufen. Es ist vielleicht eine Wohlthat für die Hinterbliebenen, daß der Todesfall eines Angehörigen stets vielerlei Ge-schäfte in seinem Gefolge hat. Ueber die Besorgung der Geschäfte tritt der Schmerz mit Naturnothwendigkeit ein wenig in den Hintergrund.

Mit ruhiger Miene traf Kurzberger seine Anordnun-gen, er war wieder der ruhige Geschäftsmann mit den ernsten, eisernen Gesichtszügen.

Erst im Dunkel der Nacht, bei dem Scheine der Todtenkerzen, als er an der Leiche des Sohnes die Wacht hielt, brach aber sein Schmerz von Neuem her-vor, bis er sich dann endlich in einem Thränenstrom Luft machte.

Am andern Tage führte er den Todten mit sich in sein Haus.

Anita trat ihm schweigend entgegen und drückte ihm die Hand. Sie wiegte sinnend das Haupt, als ihr der Vater den Hergang des Unglücks erzählte, sprach jedoch kein Wort — es schien fast, als ob sie die Worte, welche sich auf ihre Lippen drängten, mit Gewalt zurückhalte. Am Morgen nämlich hatte sie einen Brief Eduards be-kommen — es war der letzte von seiner Hand — dessen Inhalt ihr über so manches Aufschluß gegeben. Aber sie schwieg.

„Bis nach dem Begräbnistage,“ entschied sie sich.

„Paul wird mir die Verzögerung verzeihen.“

Am folgenden Tage wurde die Leiche unter großem Pompe und zahlreicher Theilnahme zu Grabe getragen, mit ihr wurden große Hoffnungen begraben.

„Vater,“ sagte Anita, als alles vorüber war und der alte Mann an ihrer Seite saß. Sie hielt zögernd inne und sah ihn mit einem Blicke an, aus welchem ein tiefes Mitleid hervorleuchtete. . . . „Du hast viel verloren, Vater.“

Er schlang seine Arme um die Tochter und zog sie an sich.

„Du bist jetzt mein einzig Liebes in der Welt, das Einzige, was mir noch übrig geblieben. Ich bin noch nicht arm, da ich Dich besitze.“

werde. Die Betheiligung an der Wahlarbeit sei eine gute gewesen. Die Versammlungslokale auf dem Lande sind äußerst selten, da seitens der Behörden ein Druck auf die Wirthschaft ausgeübt werde. Doch müsse entschieden darauf gehalten werden, daß wenigstens in den größeren Orten Lokale erobert werden. Würden auch den Wirthen in der Abhaltung von Vergütungen usw. die bekannten Schwierigkeiten gemacht, so müßten doch die Genossen der Macht mit der Macht begegnen. Der 8. Wahlkreis wies auf eine Einnahme von 26797 Mk., eine Ausgabe von 21947 Mk., verblieb ein Restbestand von 4749 Mk. Der „Volkskalender“ sei nur mit der Beihilfe der Hamburger herzustellen. Da jedoch die Genossen abermals einen Kalender verbreiten wollten, müßten die Wahlkreise auch für die Herstellungskosten aufkommen. Dadurch werde wenigstens vermieden, daß einzelne Kreise zuviel Material verlangten. Unbedingt müsse ökonomischer bei der Verbreitung verfahren werden. Ein mehrmaliges Erscheinen auf dem platten Lande zwecks Schriftenverbreitung dürfe noch nicht viel, es müsse ein regerer Verkehr angeknüpft werden.

Efftinger ergänzt Heinrichs Bericht. Die Mitgliederzahl der politischen Organisation in Altona müsse zurückgegangen sein, da Wandtschel allein über 1000 organisierte Genossen zähle.

Beins-Segeberg wendet sich gegen die bei der Diskussion erhobene Beschwerde, daß die ländlichen Kreise nicht die genügenden Mittel aufbringen, um den Beschlüssen der Parteitage Geltung zu verschaffen. Die finanziellen und wirthschaftlichen Verhältnisse liegen derartig, daß die Anforderungen unmöglich erfüllt werden. Eine große Verbreitung der Reichstagsberichte seitens unserer Partei würde sich für die ländlichen Wahlkreise empfehlen.

Lesche-Altona berichtet, da ein Vertreter des 10. Wahlkreises nicht erschienen ist, über die Verhältnisse dieses Kreises: Der Wahlkreis ist der zweitkleinste in Deutschland und ist ein ländlicher. Bei der letzten Wahl ist der Freisinn aus dem Sattel gehoben. Auf den Gütern fangen die Leute an, den Sozialismus zu begreifen. Die Stadt Lauenburg ist einigermaßen gut für uns, ebenso Mölln, während in Rageburg nicht viel für uns los ist. Die Verhältnisse im Wahlkreis sind gerade keine rosig, was Redner dann durch Zahlen beweist. Versammlungen haben stattgefunden, wo es nur möglich war.

Rönfeldt-Fürstenthum Lübeck bezeichnet die dortige Bewegung als den Verhältnissen entsprechend sehr günstig.

Bagemühl-Stockelsdorf: Wir haben durch Agitationstouren mehrere Lokale, und wo dieses nicht anging, entsprechende Scheunen zu erringen gewußt. Für uns paßt ein Agitator, der die ländlichen Verhältnisse kennt, besser als Reichstagsabgeordnete; dasselbe trifft zum Theil auf die Hamburger Referenten zu. Den Termin, an welchem der Kalender verbreitet worden, hält Redner für nicht zu spät. Redner betont noch die Schwierigkeit der Organisation und empfiehlt Leseabende für Knechte.

Hug-Bant ergänzt die Ausführungen des Genossen Rönfeldt über die Bewegung im Fürstenthum Lübeck, welches ja ein Theil des 1. oldenburgischen Wahlkreises sei. Die Lage dieses Wahlkreises erschwere die Agitation, zumal es in den verschiedenen Theilen an den finanziellen Mitteln fehle. Die Beschwerde der beiden Genossen aus dem Fürstenthum Lübeck sei nicht ganz beiseite zu schieben. Man könne es den Genossen nicht verdenken, wenn sie einmal im Jahre ihren Kandidaten seher wollen, allerdings solle man des Guten auch nicht zu viel thun, sonst würde das Resultat ein negatives sein.

Strunwaldt-Hamburg giebt den Bericht für die drei Hamburger Wahlkreise. Organisiert seien 13000, die

auf die Wahlkreise entsprechend vertheilt seien. Eine im vergangenen Winter aufgenommene Arbeitslosenstatistik habe ergeben, daß rund 20000 Arbeitslose in Hamburg seien. Hieraus ergebe sich denn auch, daß die Leistungen Hamburgs auf die Dauer nicht ausgedehnt werden können. Die Hamburger haben in der gewohnten Weise die Versammlungen am 18. März, 1. Mai abgehalten, dazu mehrere Versammlungen über die Verfassungsfrage. Eine Reihe von Protestversammlungen gegen die Umsturzvorlage im Anfange dieses Jahres haben die Thätigkeit, die für diesen Bericht in Betracht kommen, abgeschlossen. Redner wendet sich zu der Frage, ob es möglich sei, für das kommende Jahr wieder einen Kalender herauszugeben. Entsprechend der Auffassung der ländlichen Vertreter werde man nicht umhin können, den Schritt zu wiederholen. Da er als Vertreter der Hamburger Genossen, die bei der gegenwärtigen Situation wohl keine Gelder bewilligen können, nicht direkt für den Antrag eintreten könne, empfehle er einen Mittelweg. Sollten wir nicht durch unsere politischen Verhältnisse gezwungen werden, unser Geld zur Wahlbewegung zu gebrauchen, so könne der Antrag immer noch zur Ausführung gelangen. Zu diesem Zwecke lassen Sie die Frage offen und beauftragen die Agitationskommission, sich bei geeigneter Zeit mit den Hamburgern in Verbindung zu setzen. Redner bemängelt die Agitationsweise im sechssten schleswig-holsteinischen Wahlkreise. Es sei zu viel Geld verschleudert, dadurch, daß man es für nothwendig hielt, sich die Referenten von Berlin zu holen. Man möge doch auch in solchen Sachen Maß halten. Redner ersucht nochmals, seinen Vorschlag, bezüglich der Verbreitung des Volkskalenders besonders zu berücksichtigen.

Blume-Hamburg erklärt, daß die Hamburger Genossen auch in Mecklenburg Verpflichtungen aufgeladen hätten, die den Vorschlag Grünwaldts zur Nothwendigkeit machten. Die Hamburger Genossen würden sich ohne ihre Bewilligung nichts aus der Hand nehmen lassen. Er empfehle deshalb Vorsicht bei der Abstimmung über die gestellten Anträge.

Mahlke-Flensburg bespricht die Joykottfrage für Stadt Flensburg. Die Militärbehörde habe die Arbeiter gedrängt, diese Waffe in der gleichen Weise zu handhaben, wie sie überall und in Flensburg seitens der Behörde gebraucht werde. Wenn hierdurch Existenzen geschädigt werden, so sei es nicht Schuld der Arbeiter. Redner wendet sich den Verhältnissen im Wahlkreise zu und muß leider konstatieren, daß die ganze Last der Agitation auf Flensburg ruhe. Die „Schlesw. Holst. Volks-Ztg.“ habe für die Provinz keine Vortheile gebracht.

v. Elm stimmt den Ausführungen, daß man unter allen Umständen Reichstagsabgeordnete als Redner haben wolle und daß dieses eine ganz verkehrte Taktik sei, zu. Ein Redner, der nicht Reichstagsabgeordneter ist, erreicht auf dem Lande häufig bessere Erfolge als ein Abgeordneter, da Letztere der Agitation in den industriellen Zentren den Vorzug geben und auch häufig von den ländlichen Verhältnissen nicht genügend informiert sind. Es freue den Redner, daß der Ton, den die Hamburger Genossen gestern angeschlagen haben, heute umgeschlagen ist und wenigstens nicht mehr davon die Rede ist: Wir wollen nicht mehr mitmachen.

Auf den Volkskalender möchte Redner nicht verzichten, doch sei er mit dem Antrag der Hamburger Genossen einverstanden. Wenn der Provinz durch die Ausführungen der Hamburger Genossen ein kleiner Dämpfer aufgesetzt würde, so sei das kein Schaden. Daß die Genossen des flachen Landes etwas leisten können, habe der dritte Wahlkreis bewiesen, der seine von der Wahl herrührenden Schulden bezahlt habe. Es bedürfe noch einer größeren Anstrengung der Genossen in der Provinz und daß die Hamburger Genossen hierzu die Anregung gegeben haben, dafür könne man ihnen dankbar sein.

große Spielverluste gebracht, habe ihn zum Diebe gemacht. Es sei seine Absicht gewesen, mit Hilfe der gestohlenen Summe das verlorene Geld wieder zu gewinnen und darnach dieselbe heimlich wieder an ihren Ort zu legen . . . Vergebens; auch das gestohlene Geld sei verspielt worden.

„Wenn Du diesen Brief liest, liebe Schwester,“ schrieb er, „so bin ich nicht mehr unter den Lebenden.“ Tröste unsern armen Vater, den ich so tief getränkt habe. tröste ihn . . . ich kenne keinen andern Trost mehr, als den Tod . . . Theile dem Vater den wahren Sachverhalt mit, sinnt auf Mittel und Wege, Paul für seine erwiesene Treue zu entschädigen. Er wußte um meine Anwesenheit im Elternhause, aus Deinem Briefe ersehe ich, daß er geschwiegen hat. . . Ich habe ihm seine Freundschaft mit Undank gelohnt, lohne Du ihm dieselbe Anita, ich weiß, daß Du es vermagst . . . Noch einmal bitte ich Dich, nimm Dich des Vaters an in seinem Herzensjammer . . . Fluchet mir nicht, sondern erinnert Euch bisweilen Eures unglücklichen

Eduard.“

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 16. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Anfang des Kampfes. — Der dritte Band des „Kapital“. Von Eduard Bernstein. V. — Klein Eysch. Von Erich Schlaffer. — Treitschke's „Deutsche Geschichte“. Von Franz Mehring. II. — Litterarische Rundschau. — Notizen: Zum Zwiespalt zwischen Großindustrie und Großgrundbesitz. Zur Konzentration des Kapitals in der deutschen Zellstoff-Industrie. — Feuilleton: Die Schlacht der Mikroben. Von Edward Aveling. (Fortsetzung.)

Deppe-Langensfelde bespricht die Agitation und wünscht den Inhalt der Flugblätter den Interessen der ländlichen Bevölkerung angepaßt.

Fering-Flensburg ist der Meinung, daß aus dem Kalender zu viel ausgemerzt ist. Ein Artikel über die ländlichen Verhältnisse wäre doch zum Mindesten nothwendig gewesen. Alte Zeiten seien für die Landagitation nicht geeignet, er stimmt in dieser Beziehung den Ausführungen von Elm zu. Die Anforderungen in Bezug auf Agitation werden immer größer und die finanziellen Mittel halten damit nicht Schritt. Uns sind unsere Einnahmen hier wesentlich dadurch gekürzt, daß uns das größte Lokal hier am Orte abgetrieben worden ist. Redner verbreitet sich des Längeren über die Ablehnung der Broschüre in dänischer Sprache und tadelt die Äußerungen einzelner Genossen, die stets den Teufel der Maßregelung an die Wand malen. Jeder müsse Opfer bringen, wer nicht säet, kann auch nicht ernten.

Carstens bemängelt die Verbreitung der „Nord-Wacht“. Betreffend Verbreitung des Volkskalenders steht Redner auf dem Boden des Hamburger Antrages.

Jacobson-Lockstedt ist für Verbreitung des Kalenders, hält es aber für unmöglich, die Wünsche bezüglich des Inhaltes alle zu befriedigen. Er glaubt, daß die Hamburger Genossen besser sind als sie sich den Anschein geben, und auch dazu beitragen werden, daß der Kalender verbreitet werden kann. Redner spricht für Herausgabe einer dänischen Broschüre.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Vom geadelten Nord. In der sicher gut unterrichteten christlichen, konservativen Kreuzzeitung, dessen Chefredakteur Herr v. Hammerstein, liest man: „Verschiedene Blätter berichten über einen Zweikampf, welcher gestern zwischen den beiden Ceremonienmeistern v. Roze und Freiherrn v. Schrader stattgefunden haben soll. In dieser Form ist die Nachricht unrichtig. Der Zweikampf hat nicht zwischen den genannten beiden Herren, sondern zwischen dem Rittmeister a. D. Dietrich v. Roze und dem Herrn v. Schrader stattgefunden. Den Letzteren haben die beiden Kammerherren v. Reichsach und v. Blumenthal sekundiert. Die Sekundanten des Herrn v. Roze waren der Oberpräsidialrath v. Brandenstein und der Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Hammerstein, während Graf Tschirsky-Renard das Amt des Unpartischen übernommen hatte. Die Forderung lautete auf fünfzehn Schritt Distanz, gezogene Pistolen mit dreimaligen Kugelwechsel. Trotzdem hat eine Verwundung nicht stattgefunden.“ Und das kämpft für Religion, Ehe, Familie, Eigenthum, das will eine Umsturzvorlage.

Ueber die sittliche Qualität einiger der vornehmsten Kämpfer „für Ordnung, Religion und Sitte gegen die Parteien des Umsturzes“ giebt die folgende Berliner Lokalkorrespondenz eine recht bezeichnende Auskunft: Die Skandalchronik, so heißt es, ist seit Anfang dieses Jahres bereits um mehrere recht interessante Fälle vermehrt worden. Nachdem die urplötzliche Abreise des Grafen B. von einer hier akkreditirten ausländischen Gesandtschaft bereits gemeldet, hat ein anderer Kavaller, ein Baron von G., nachdem er während der letzten Wintermonate im Spiel das respektable Sümmchen von 450000 Mark „alle gemacht“, bei Nacht und Nebel auf Anordnung seiner Angehörigen Berlin verlassen und sich auf seine Besizung an der russischen Grenze zurückgezogen. Die hier kontrahirten Schulden sollen bereits zum größten Theile von seinem sehr reichen Vater bezahlt sein resp. schweben noch Verhandlungen, um alles auf friedlichem Wege zu arrangiren. Ein anderer Kavaller, der bis vor kurzem noch einem hiesigen Garde-Kavallerieregiment angehörte, ist, nachdem er Blanko-Akzente über tausende von Mark ausgegeben und mit einer „Theaterprinzessin“ Hunderte verschwendet, auf Wunsch seiner Angehörigen unter Kuratel gestellt und plötzlich nach Monte Carlo abgedampft. Diese Affäre dürfte noch ein interessantes Nachspiel vor dem Strafrichter finden, in dem ein Pseudokavaller, ein angeblicher Graf S., der die Akzente untergebracht hat, verwickelt werden dürfte. Sämmtliche Fälle scheinen dadurch zum Klappen resp. zur Kenntniß der Angehörigen gekommen sein, da die bekannten Geldleier infolge der jetzt scheidenden Wucherprozesse nicht mehr helfend beispringen wollen. Bei solchen tieferen Kämpfen aus der Schaar der Edelsten und Besten müßte man an der sittlichen Kraft des deutschen Volkes verzweifeln, wenn der grandiose Fajshings-Feldzug gegen den „Umsturz“ nicht der Sozialdemokratie Erfolge über Erfolge brächte.

Auch ein nothleidender Gutsbesitzer. Der Gutsbesitzer Dasche in Quackhain bei Leisnig in Sachsen besaß ein großes, schuldenfreies Gut und hat außerdem im Laufe der Jahre noch über 50000 Mk. geerbt. Er fröhnte aber dem Glücksspiel derart, daß er nicht bloß die Einkünfte des Gutes und die ererbten Gelder verwendete, sondern auf sein Gut auch nach und nach über 60000 Mk. Hypotheken aufnahm. Als er nicht mehr spielen konnte, suchte er durch hohe Einsätze auf der Rennbahn und durch übermäßiges Spielen in der Lotterie seine Vermögenslage zu verbessern, ohne daß ihm dies gelang. Am 6. Dezember v. J. wurde über sein Vermögen der Konkurs eröffnet. Wegen einfachen Bankrotts, durch übermäßigen Aufwand im Spiel, verurtheilte das Landgericht zu Leipzig Dasche zu 8 Monaten Gefängniß. Da er sich auch durch betrügerische Vorspielungen von einem Webwaarenfabrikanten in Hartha 5000 Mk. zu verschaffen gewußt hat, erkannte der Gerichtshof auf eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 1 Monat Gefängniß.

„Vater,“ begann sie wieder und preßte seine Hand. Dabei schien sie aus dem klaren Blicke seiner Augen Muth schöpfen zu wollen. „Wirft Du mir zürnen, Vater, wenn ich Dir noch einmal wehe thun muß? Ich kann nicht anders handeln . . . und einmal mußt Du es doch erfahren . . .“

„Du sprichst von Paul?“ fragte er dumpf.

„Von ihm und von Eduard.“

„Eduard ist todt, mein Kind, und die Todten wollen wir ruhen lassen . . . Es wäre besser, wenn die Beiden ihre Rollen vertauscht hätten . . .“ Sie schaute ihn fragend an . . . „Ich drücke mich undeutlich aus, nicht wahr? Meine Gedanken sind mir verwirrt . . . Ich meine nämlich, es wäre besser, wenn Paul todt wäre und Eduard lebte . . . Was thut Paul noch in der Welt?“

„Paul ist unschuldig,“ schluchzte Anita, „aber Eduard . . .“

„Daß doch die Todten ruhen,“ grölzte er und ein dräuender Witz schob unter den buschigen Brauen hervor. Es fühlte instinktiv, daß ihm ein neuer Schlag drohe.

„Les diesen Brief, Vater, er wird Dir Aufschluß geben.“

Hastig überreichte sie ihm denselben, wie wenn man eine glühende Kohle aus den Händen giebt. Er hatte ihr seit vielen Stunden bereits auf dem Herzen gebrannt.

„Von Eduard?“

Er trat damit an's Fenster, um besser lesen zu können.

Der Brief enthielt eine Erzählung der Begebenheiten jener Nacht. Die Nothlage, in welche ihn ungemein